

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

40 (16.2.1922)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 11 M. monatlich. — Einzelnummern 50 A.

Anzeige: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 2.20 M. Die Restamezeile 6.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

# Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth

### Das Vertrauen mit 35 Stimmen Mehrheit bei 16 Stimmenthaltungen zugesprochen

21. Berlin, 15. Febr. Bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag wurden 421 Stimmen abgegeben, darunter 16 weiße Ketten. Mit 220 Stimmen 185 Abgeordnete, mit Ja 220. Der Regierung ist demnach das Vertrauen mit einer Mehrheit von 35 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen zugesprochen worden.

Die Entscheidung im Reichstag ist gefallen. Das Kabinett Wirth hat eine verhältnismäßig große Mehrheit um den Vertrauensantrag der Regierungsparteien vereinigen können. Trotzdem kam die Krise als nicht vollkommen gelöst betrachtet werden, denn man sollte, falls ein Vertrauensvotum fällt, mit einer größeren Majorität rechnen müssen. Aber wenn man berücksichtigt, daß sich das Vertrauensvotum nur auf die Erklärungen der Regierung zum Eisenbahnerstreik erstreckt und nicht etwa auf einen erweiterten Begriff der allgemeinen Politik des Kabinetts, so darf man die Abstimmung als einen erfreulichen Sieg der Koalitionsparteien in einer grundlegenden Frage begrüßen. Es lagen nicht weniger als fünf Mißtrauensanträge vor, von den kommunistischen Gruppen, den Unabhängigen, der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei und es war vorzuziehen, daß die Anträge mit wechselnden Mehrheiten niedergestimmt werden. Denn weder werden die Parteien der äußersten Linken mit den Anträgen der Rechten den Vorwurf erheben wollen, daß der Kanzler die Staatsautorität gegen die Streikenden nicht genügend gewahrt habe, noch werden die Rechten die Mißtrauensanträge mit der äußersten Linken den Vorwurf erheben wollen, daß die Regierung die Beamtenentscheidungen nicht genügend gewahrt habe. Aber der Reichskanzler Dr. Wirth hat recht getan, als er die Erklärung abgab, daß das Kabinett sich mit einer durch wechselnden Mehrheiten erfolgte Ablehnung des Mißtrauensvotums nicht zufrieden geben werde und ein ausdrückliches Vertrauensvotum verlange. Welches anderes Kabinett als das Kabinett Wirth könnte mit Aussicht auf Erfolg nach Genua gehen?

Das Kabinett Wirth hat den Eisenbahnerstreik siegreich überwunden. Der Eisenbahnerstreik hat die Frage des Beamtenrechts freigelegt, die Beendigung des Streiks gegen die Beamten und für die Staatsidee hat die Frage nicht endgültig beantwortet. Wenn die innerpolitische Lage ruhiger geworden, wenn die Gemüter sich beruhigt haben, dann wird im Interesse des Staates und der Beamten volle Klarheit auch im rechtsstaatlichen Staatswesen geschaffen werden müssen. Die von der Regierung vertretene Idee hat durch die Beendigung des Streiks zwar obgeduldet. Dennoch befinden wir uns innerpolitisch in einer Krise, die ihrerseits als Markstein in der jüngsten Geschichte des deutschen Parlamentarismus gekennzeichnet werden muß.

Die Abstimmung ist so ausgefallen, wie es zweifellos die große Mehrheit des werktätigen Volkes wünscht. Wir können uns jetzt am wenigsten den Luxus gewagter Experimente erlauben und es ist das Beste, wenn die Regierung weiter im Arme bleibt und ihr Versprechen bei der Beendigung des Eisenbahnerstreiks Gerechtigkeit und Würdigung wahren zu lassen, einläßt.

### Sitzungsbericht

Berlin, 15. Febr. Die Regierungssitzung sind leer. Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Zunächst wird die zweite Lesung des Reichsmietengesetzes verlesen. Die Beratung des Reichsmietengesetzes und erklärt, daß nun in über den Streik eingetreten werden soll. Da ihm aber mit der Sitzung auf 4 Uhr.

Um 4.05 Uhr eröffnet Präsident Ebe wiederum die Sitzung. Der Reichskanzler Dr. Wirth mit sämtlichen Ministern Platz genommen. Der Präsident stellt fest, daß die Besprechung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik fortgesetzt wird. Dann folgen Anträge aller Parteien vor. Ein vom Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten unterzeichneter Antrag: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.

Ein Antrag der deutschnationalen, der Regierung das Vertrauen zu verweigern, weil sie durch ihre bisherige schwächliche Haltung und durch ungenügenden Schutz des pflichttreuen Beamten am Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mitschuldig sei, und außerdem angesichts der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Interessen des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten. Nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei mißbilligt der Reichstag, daß der Reichskanzler die Verordnung des Reichs-

präsidenten vom 1. Februar gegen offene Verträge nicht anwendet, sondern vor Beendigung des Streiks mit Führern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten verhandelt und überdies in Bezug auf disziplinare Behandlung von Dienstvergehenden Befugnisse gemacht habe, die geeignet seien, die Staatsautorität zu gefährden.

Ein unabhängiger Antrag mißbilligt die Verordnung gegen den Streik und behauptet, daß der Reichskanzler durch die Regierung angefordert worden sei. Kommunistische Anträge fordern Einstellung der Disziplinerverfahren und Einwirkung auf den Berliner Magistrat, damit auch im Berliner Gemeindebereich keine Maßnahmen vorgenommen werden.

In der Aussprache richtet zunächst Abg. Dr. Dergt (D.M.) die Anfrage an den Reichskanzler, ob er mit dem Vertrauensvotum der Regierungsparteien einverstanden sei. Der Reichskanzler habe Klarheit gewünscht; diese Klärung ergebe sich aber nicht aus dem Vertrauensvotum der Regierungsparteien, das nur die Erklärungen der Reichsregierung enthält. Es handelt sich aber nicht nur um die Erklärungen, sondern auch um das Verhalten des Reichskanzlers in der Streikfrage. Hier liegt also eine erhebliche Unklarheit vor. Der Reichskanzler müsse erklären, ob er in den Anträgen der Regierungsparteien ein positives Vertrauensvotum erblickt, das es ihm ermöglichen würde, die politischen Geschäfte weiter zu führen.

Abg. Crispian (Unabh.): Die Regierung hat die Grundrechte der Arbeiterschaft befreit. Auch die Minister Gröner und Herms haben sich gegen Beamte und Arbeiter gemeldet und Maßnahmen ergriffen; allein auf dem Gebiet des Reichskanzlers sind 100 Maßnahmen erfolgt (Hört, hört). Kein Anwalt und Großindustrieller kann schärfer vorgehen als die Regierung. In Frankfurt a. M. und Mainz sind über das Verhalten der Beamten während des Streiks gefürchtet worden. Ein Spionagebericht im Eisenbahnbetrieb wird eingeführt; man treibt eine ausgesprochene Nachpolitik. Es handelt sich hier um einen Vorstoß der Reaktion und den können wir nicht die Antwort sein. Wir machen keine Mißtrauensanträge mit, aber wenn die Regierung sich jetzt vor dem Reichstag stellt, so stehen wir mit ihr im Kampf.

### Reichskanzler Dr. Wirth

erklärt auf die Anfrage des Abgeordneten Dergt (D.M.) bezüglich seiner Stellung zu den Anträgen der Regierungsparteien, daß zunächst die Regierungsparteien selbst zu dem Sinn ihres Antrags Stellung zu nehmen hätten. Für ihn sei der Antrag ganz klar, und das wolle er aufrichtig aussprechen. Es werden die Erklärungen der Regierung durch diesen Antrag gebilligt. Es handelt sich um drei Erklärungen, die eine bei Beginn der Aussprache, dann um eine zweite und schließlich um die dritte Erklärung, in der ein starkes Votum gefordert wurde. Der Ausgangspunkt der ersten Erklärung war nicht der Streik, sondern die Gesamtlage unseres Vaterlandes. Bei Beurteilung der Gesamtlage spielt aber die ausdauernde Politik die Hauptrolle (Beifall bei den Reichsparteien). Wer also heute zu den Anträgen Stellung nimmt, muß sich darüber klar sein, daß er ein Werturteil über die auswärtige Politik abgibt. Um dieses Urteil bitte ich Sie; dann ist Klarheit geschaffen.

Reichsjustizminister Gröner wird von der äußersten Linken mit lauten Rufen „Handstift“ begrüßt. Abg. Hoffmann (Komm.) erhält einen Ordnungsruf für einen lauten Ruf. Die von Crispian erwähnten Fälle haben sich vor dem Bekanntwerden der Richtlinien des Kabinetts vollzogen. Es ist versucht worden, das bei den Disziplinierungen zu prüfen. Ferner wurde versucht, daß die Entlassungen künftiger Beamten, soweit sie nicht höher sind, zurückgenommen werden sollen (Hört, hört). Weiter ist verfügt worden, daß keinerlei Maßnahmen gegen Beamte getroffen werden sollen, die lediglich als Mittläufer der Streikpropaganda gefolgt sind, und nach Beendigung des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen haben (Hört, hört!).

Abg. Dr. Feterien (Dem.) gibt für die Demokraten folgende Erklärung: Die Fraktion hält die von mehreren Seiten aufgestellte Behauptung, daß zwischen den Worten und den Taten der Regierung ein Widerspruch besteht, nicht für erwiesen. Sie lehnt es ab, ihre Stellung durch halblöcherliche Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für die Pflicht der Parteien, sich an die Erklärung der Regierungsdirektoren im Parlament zu halten. (Lachen links.)

Abg. Dr. Levy (Komm.) erkennt den guten Willen der Regierung in der Außenpolitik an. In solchen Zeiten müsse selbst eine kapitalistisch-monarchistische Regierung gestiftet werden, um einen Sieg der großkapitalistischen Kräfte zu verhindern. Das Kabinett Wirth aber habe durch das Steuerkompromiß und beim Eisenbahnerstreik gezeigt, daß es auf die Interessen der Arbeiter keine Rücksicht nimmt. Der Regierung muß daher das Vertrauen verweigert werden.

Abg. Koenen (Komm.) fordert ebenfalls Klärung und erhebt erneut Vorwürfe gegen die Regierung wegen der Massenmahnregelung der Eisenbahner. Er fordert Beseitigung der gegenwärtigen Regierung.

Abg. Dittmann (U.S.) weist darauf hin, daß immer noch Beamte, die sich zum Dienst melden, zurückgewiesen werden; der Minister sei gegenüber der Bürokratie ohnmächtig. Ein Kabinett könne nicht schlauer sein als ein Kabinett Wirth.

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) lehnt die Mißtrauensanträge ab; mit der Haltung der Regierung beim Eisenbahnerstreik sei keine Fraktion einverstanden. Die Zustimmung zur Vertrauensvotum würde den Anschein erwecken, als ob die bayerische Volkspartei mit der Haltung des Reichskanzlers in der Innenpolitik, besonders in bayerischen Fragen durchaus einverstanden sei. Um diesen Anschein zu vermeiden, werde keine Fraktion sich der Abstimmung enthalten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) verlangt, daß bezüglich des Streiks nach den Richtlinien des Kabinetts verfahren wird. Das ganze Mandat habe den durchsichtigen Zweck, aus innenpolitischen Gründen das Kabinett zu stützen.

Abg. Marx (Str.): Unser Antrag ist von der Linken und von rechts ganz richtig als ein starkes Vertrauensvotum angesehen worden. In diesem Augenblick, wo diese Regierung gestürzt wird, stehen uns neue Sanktionen bevor. (Stimmsturm Widerstand.)

Die Abstimmung der Vertrauensanträge der Regierungsparteien wird dann in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 185 Stimmen angenommen; 16 Abgeordnete der bayerischen Volkspartei enthielten sich der Stimmabgabe. Für das Vertrauensvotum stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten, dagegen die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen sowie die beiden kommunistischen Gruppen. Damit sind die vorliegenden Mißtrauensanträge erledigt. Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall und Handklatschen aufgenommen.

Die kommunistischen Anträge auf Zurückziehung der Disziplinierungsmaßnahmen werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

In der dann fortgesetzten 2. Beratung des Reichsmietengesetzes fordert Abg. Erdmann (Komm.) weitergehende Rechte für die Mieter.

Abg. Jenmann (Str.): Die Kampfanlage gegen den Hausbesitz hat doch wohl politische Gründe; die heftigste Kontrolle ist ein schreiendes Unrecht gegen den Hausbesitz. Der Hausbesitzer wird wohl in Zukunft als Reichsmietenhäusler anzusehen sein. Wir können dem Gesetz nur zustimmen, wenn diesem der Charakter der Sozialisierung und der Bergesellschaftlichung genommen wird.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen sollen am Donnerstag erfolgen. Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Kleine Vorlagen, Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

### Abstimmung über das Vertrauensvotum

21. Berlin, 16. Febr. Die 220 Stimmen der Regierungsparteien für die Vertrauensfrage verteilen sich wie folgt: 107 Sozialdemokraten, 64 Zentrum, 39 Demokraten, 4 Bismarck, 4 Bauernbund und 2 Bayerische Volkspartei. Die 185 Gegenstimmen waren: 68 Deutschnationale, 60 Deutsche Volkspartei, 32 Unabhängige, 24 Kommunisten und eine bei keiner Fraktion. 16 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei enthielten sich der Abstimmung. Dr. Mayer war durch seinen Pariser Aufenthalt entschuldigt. Vom Zentrum fehlten wegen Krankheit die Abg. Braun, Vell, Präulich Teuch und der Abg. Pfeiffer in Folge seines Wiener Aufenthaltes. Von der Deutschen Volkspartei waren wegen Krankheit abwesend die Abg. Kirger, Quast, Acceller-Böhm, Spehler und Heinge. Von den Demokraten fehlten nur der in Genf weilende Abg. Schiffer und Sieber, der in Stuttgart weilte. Von den Deutschnationalen fehlten zwei Mitglieder, die Abg. Arnstadt und Kanitz. Von den Sozialdemokraten fehlte einer. Von den Unabhängigen waren 48 in Berlin, aber 14 haben an der Abstimmung nicht teilgenommen; 12 Mitglieder dieser Partei waren überhaupt nicht anwesend.

### Pressestimmen zum Vertrauensvotum

21. Berlin, 16. Febr. Der „Tag“ spricht von Wirths Sieg mit Hilfe der Unabhängigen. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß Ergebnis der Abstimmung sei für Deutschland erfreulich, für die Koalitionsparteien ermutigend und für die Opposition aber bedauernd. „Tägliche Rundschau“: In offener Feldschlacht wollte Dr. Wirth stehen oder fallen. Diese Feldschlacht ist in tagelangen Kämpfen in Szene gesetzt worden. Es konnte schließlich nicht fehlen, daß eine knappe Mehrheit gebildet wurde, die er für geeignet hielt, um seine Politik weiterzuführen. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Der Kanzler Wirth atmet auf, das Ergebnis genügt ihm; Weisheit ist eben leicht zu finden. Die „Germania“ nennt die Abstimmung einen großen Erfolg für die Koalitionsparteien und eine persönliche Genugtuung für den Kanzler und sagt: Die Opposition wird weiterreichen, dieser Sieg sei kein Sieg, die Mehrheit reicht nicht aus zur Weiterführung der Politik. Zum ersten Mal hat der Reichstag einer Regierung politisch gesagt, daß er ihre Politik mißbilligt. Die „Kreuzzeitung“ sagt, daß die Unabhängigen Wirth in der Stunde gewesen seien. Die „Akte Fährne“ meint, daß die gestrige Abstimmung die Kontrollerklärung der Koalitionsparteien nur noch deutlicher gezeigt habe. Die „Freiheit“ sagt, daß die Krise nicht wirklich beendet sei, und das „Berliner Tageblatt“, daß die Politik der Deutschen Volkspartei gänzlich Schiffsbruch gelitten habe. Wenn sie sich jetzt nicht dazu hält, wird sich das Steuerkompromiß von einer anderen Seite durchgeführt. Die erzielte Mehrheit genüge für die Außenpolitik und für Genua.

Die Franzöfierung des Saargebietes

Ein Protest im bayerischen Landtag
München, 15. Febr. In Verantwortung der Interpellation Wähler (D.) und Stang (Wp.) wegen der französischen Abtrennungsbefehle...

Badische Politik

Die Vorschlagsberatung im Haushaltsausschuss
Beginn am Dienstag, den 14. ds. Mts. Aus den vorliegenden Materialien bekanntgegebenen zahlreichen Eingaben...

Richter die Führung mit den Gemohnheiten der Bevölkerung verliere. Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, dem Landtag vorzuschlagen, die Erlasse des Justizministeriums zur Kenntnis zu nehmen.

v. Gerlach aus der demokratischen Partei ausgetreten

In der „Welt am Montag“ teilt Sellmuth von Gerlach mit, daß bei der demokratischen Partei verschiedene Ausstufungsanträge gegen ihn vorliegen...

Ministerium des Innern. Der Referent Abg. Schmitt (Hr.) be sprach kurz den Fall Baumann, die Reform der Staatsverwaltung, den Eisenbahnerstreik...

Eine Berliner Firma hat den Antrag auf Genehmigung zur Errichtung einer Spielbank in Baden-Norden gestellt. Die Regierungsdirektorin in Baden-Norden verweigerte den Antrag...

Der Geschäftsausschuss des Landtags

Sieht am Dienstag vormittag eine Sitzung ab. Vom Präsidenten des Landtags ist ein Schreiben eingegangen, worin Beschlüsse darüber gefaßt sind, daß Ausschüsse tagen, ohne den Präsidenten vorher benachrichtigt zu haben.

Der Landtagsausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

hat am Dienstag vormittag eine Sitzung abgehalten. Er stellte für die Verichterstattung Grundzüge auf. Ueber von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlagen soll ein gedruckter Bericht an den Landtag abgefaßt und von allen Ausschussmitgliedern unterzeichnet werden.

Gegenüber den Abgeordneten Spensler und Mager ist die Aufhebung der Immunität beantragt. Abg. Mager ist in einem Verbindungsgeschäft bewickelt, gegen den Abg. Spensler steht ein Verfahren wegen Verachtes der Bescholtenheit im Amt.

Der Fall Baumann
des eidesverweigernden badischen Staatsbeamten, hat am Dienstag bereits auch den Haushaltsausschuss beschäftigt. Der Referent für den Staatsbeamtenfall des Ministeriums des Innern, der Referent Abg. Schmitt, schätzte ihn an...

Gewerkschaftliches

Annahme des Schiedspruch im Lohnkampf der Gemeindearbeiter
Das Gewerbeaufsichtsamt teilt mit: Der Schiedspruch vom 9. ds. Mts., der die Feuerungsulage der Gemeindearbeiter bedingt um 1.50—2.— M pro Stunde erhöhte, wurde von beiden Parteien angenommen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.
Auf die Anfrage eines demokratischen Abgeordneten über die Reform der Staatsverwaltung eingeklagt der Minister noch, daß hierwegen mit den anderen süddeutschen Staaten in Verbindung getreten worden sei.

Die nächste Plenarsitzung des badischen Landtags findet am Dienstag, 21. d. M., statt.

Die nächste Plenarsitzung des badischen Landtags findet am Dienstag, 21. d. M., statt. Auf der Tagesordnung stehen diesen Bewegungen nicht eine gewisse Art des Würdevollen, des Großenartigen, des Entzückenden? Fällt es Ihnen denn nicht unwillkürlich ein, daß dieser Mann zur Abpiegelung der Zeit, der Don Carlos, der Morimers, der Ferdinande, zur Stellung des Albo, Albalino und Molla geschaffen sein muß?

Ein alter Schauspieler

Erzählung von Paul Schulz (Fortsetzung)
Nach einigen Tagen hatte ich die Grenze meines Geburtsortes überschritten. Ich blieb am Ende der Stadt nicht stehen und schaute mich nicht nach dem Friedhofe um, wo meine Mutter ruhte, auch den Kirchhof, in dessen Schatten einst meine Wiege schaukelte, würdige ich keines Blickes.

Ein alter Schauspieler

Ich sah mich, ja sogar die Augenbrauen runzelte er gerade so zusammen, wie unter Herr Comosch Andreas, der Schulstuch, aber seine Glieder bewegte er anders und warf mit ihnen umher, als ob sie gar nicht sein Eigentum wären, — seinen Raden aber schenkte er wirklich von irgend einer Gipsfigur genommen zu haben. Sonst hatte er noch einen weißen Mantel mit einem roten Saum um seine Schultern geworfen und dieser bedeckte ihn, derart, daß nur seine gelben Stiefel sichtbar waren, merkwürdige, gelbe Stiefel, wie sie vielleicht zur Zeit des Königs Mathias Corvinus modern gewesen.

Ein alter Schauspieler

Wieder blühte ich empor, sah aber unter dem unmittelbaren Schutze von aufgetriebenen Mantel nur einen wankigen Bauch, zwei kurze Beine und einige geferkte Redungsstücke.
„Hör! Er denn nicht, daß ich nicht in dem gemeinen Stute wie jene gewöhnlichen Leute rede, zu denen wahrhaftig auch der Herr gehört? Kann er denn auch jene merkwürdige Internationalität, jene Art zu sprechen begreifen, die zu Tränen rührt, was das lügenhafte Lüfiden, die ein fähigen Herborger, aber wie der zünftige Vogel des Frühlings, erdrückt, aber darobeben macht wie der Donner in Sturm und Gewitter, aber das doch immer begaubert, weil sie begaubern muß, weil sie so geschaffen ist, weil ich es so will!“

Vorläufig nur die Berichte der Geschäftsordnungskommission und der Kommission für Beschäftigung und Verwaltung, über deren Beschlüsse mit bereits geltend gemachten Vorbehalten dem ist noch vorgemerkt: Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Dr. Herfurth u. Gen., die Prämiantisidatentzettel betr., wahrscheinlich wird aber auch ein Teil des Vorschlags, soweit er bis Dienstag durch den Hauptausschuß vorberaten ist, noch beraten werden.

Förderung gesundheitlicher Volksbelehrung. Schon immer bestrebt man, daß die Volkserziehung der hygienischen Wissenschaft viel zu wenig Allgemeinut des Volkes gemorden sind. Eine großartige Volkserziehung auf gesundheitlichem Gebiet ist aber bei unseren gegenwärtigen Gesundheitszuständen ganz besonders dringend erforderlich. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat daher auf Veranlassung des Arbeitsministeriums eine Abteilung für gesundheitliche Volksbelehrung gebildet. Einer Aufzählung der gen. Gesellschaft gemäß hat sich eine große Reihe von Vereinen in allen Teilen Badens bereit erklärt, gesundheitliche Volksvorträge zu halten. Die Liste der Namen von diesen Vereinen wird auf Verlangen allen Gemeinden in Stadt und Land, Krankenkassen, Gewerkschaften, Vereinen aller Art kostenlos zugesandt. Den Veranstaltern von Vorträgen wird bei der Auswahl der Vortragenden und der Vortragsgegenstände völlig freie Wahl gelassen. Es ist dringend zu wünschen, daß alle in Betracht kommenden Stellen sich sobald als möglich der Tätigkeit der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene anschließen. Karlsruhe, Herfurth, 24. Januar 1922.

Die Rückfahrt deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien und Südrussland auf dem Seewege nach Trief und von dort mittels Sonderzüge über Salzburg, München nach Lager Lechfeld ist eingeleitet. Die nach in Rußland befindlichen Deutschen werden von nun an auf dem Landwege über Moskau, Petersburg, Kiew, Sibirien in die Heimat geschafft. Öffentlich geltend ist, den Rest der noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen und sonstigen deutschen Landsleute, die sich nach der Heimat sehnen, in ebenso zufriedenstellender Weise nach der Heimat zurückzuführen. Selber lassen die Zustände im Innern Rußlands und namentlich die Eisenbahnverbindungen zwischen Südrussland, Sibirien und Rußland befürchten, daß die künftigen Rücktransporte unserer Heimkehrer nicht in der gleichen Weise erledigt werden können.

Die neuen Brotpreise

Die Preisabteilung der badischen Regierung teilt mit: Das Ministerium des Innern hat den Kommunalverbänden für die infolge der Erhöhung der Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle notwendig gewordene Aufhebung des Preisverbots für den Dreipfundloab in den kleinsten 5,05 M., in den ländlichen Kommunalverbänden 9,75 M. und 4,90 M. nicht übersteigen. Nach dem Ministerium des Innern von den Kommunalverbänden vorzulegenden Berechnungen wird der Brotpreis in zahlreichen Kommunalverbänden niedriger gehalten werden können, da die Kommunalverbände lediglich ihre tatsächlichen Aufkosten bei der Berechnung einleiten dürfen. Die Kommunalverbände werden in ihrer Mehrzahl den Brotpreis erst am 19. Februar in Kraft setzen, weil ihnen die erhöhten Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle auch erst von diesem Tage an in Rechnung gestellt werden.

Aus der Partei

Sozialdemokratische Partei. Die nächste Parteiverammlung findet kommenden Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr im „Reichshaus“ statt. Gen. Landtagsabg. K. W. wird einen Vortrag halten über die neue Gemeindeordnung. Die Parteigenossen, insbesondere auch die Mitglieder der Bürgerausschüsse, ebenso die Volkstribunen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Genossenschaftsbewegung

Neue Milliardenumfänge der Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Am Jahre 1921, das mit seinen außerordentlichen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen auch den deutschen Konsumvereinen und ihrer Großkaufmannschaft in Hamburg so manche Schwernisse bereitet, ist dennoch die Großkaufmannschaft kräftig vorwärts geschritten, wie es ihre Milliardenumfänge nachweisen. Ein Vergleich mit dem Jahre 1920 ergibt folgendes:

Gesamtumsatz 1921	2.406.982.699,89 M.
1920	1.351.924.882,11 M.
Ergebnis einen Mehrumsatz 1921	1.055.758.517,78 M.
Das bedeutet eine Steigerung um 78,18%. Bei den in einzelnen Fabriken erzeugten Waren betrug der	
Umsatzwert 1921	234.784.773,55 M.
1920	156.429.448,82 M.
Demnach der Mehrumsatz 1921	
78.355.324,73 M.	
Es ergibt sich also eine Steigerung um 50,09%. Die Umsatzsteigerung beruht auf einer regen Entwicklung. Es betrug in runden Summen der	
Umsatz auf Girokonto 1921	3.437.000.000 M.
1920	1.754.000.000 M.
Also Mehrumsatz 1921	
1.683.000.000 M.	
Das bedeutet eine Steigerung um 95,98%. Die Zahl der Lagerhäuser wurde auf zehn erhöht; außerdem wurden 14 Konsumvereine für 2000 neu errichtet. Die zur Finanzierung der Mittel aufgelegte Obligationenleihe erbrachte bis Jahresabschluss Zeichnungen in Höhe von 85 Millionen Mark.	

Soziale Rundschau

Die Not der Studenten. Groß beklüchtet wird die schwere Lage eines Teils der Studierendenschaft durch Angaben des Statistischen Amtes der Reichsregierung. Es ist eine Notlage über deren wirtschaftliche Lage, geben wir den Zeitungen übermitteln werden. Nach diesen Angaben wird gegenwärtig an 67 Prozent der Gesamtstudentenschaft, nämlich an 687 Studierende die Studentenhilfe in Anspruch genommen. Von diesen 687 Studierenden stehen 4,8 Prozent, nämlich 64 und entziehen jeder Unterstützung von Eltern oder Verwandten und müssen somit das Leben notwendigste Mittel eigene körperliche oder geistige Arbeit verdienen. Die „Academia“, der studentische Hof, hat bis zum 31. Dezember 1921 über 600.000 Einzelfälle bei einem Umsatz von 10 Millionen Mark verzeichnet, darunter für 350.000 M. Freizeiten. Außerdem wurden bis Ende 1921 rund 2600 Kontenvermerke im Wert von 27.000 M. an minderbemittelte Studierende bewilligt. Die Freizeiten Studentenhilfe veranlaßt eine entsprechende Bewilligung, um Hilfsmittel zur Ausrüstung der Not zu beschaffen.

Privatlehrer und Angestelltenversicherung. Privatlehrer und Lehrerinnen, die, ohne Inhaber einer Lehranstalt zu sein, in ihrer Wohnung oder außer dem Hause gegen Entgelt Privatunterricht erteilen, sind nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtig. (Entscheidende Merkmale eines Lehrvertrages sind: mehrere Klassen, planmäßig geregelter Unterricht, Beschäftigung mehrerer Lehrkräfte u. dergl.). Die Schüler oder ihre gesetzlichen Vertreter sind demnach verpflichtet, für die Ausführung der Beiträge zu sorgen. Zur Vereinfachung ist es den Lehrern und Lehrerinnen gestattet, für sich und ihre Arbeitgeber die Beiträge vierteljährlich in einer Summe an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte einzusenden. Wertpapiere und Bausparbücher werden von den Angestellten abgegeben. Die Nichtbeachtung der vortrefflichen Bestimmungen hat die spätere zwangsweise Einziehung der Rückstände, gegebenenfalls auch Bestrafung zur Folge.

Gemeindepolitik

Die „Vordere“

Nach Stuttgart haben bereits andere Städte die Luftverkehrssteuer auf die „Vordere“ ausgedehnt, mit welchem Erfolg, steht noch dahin. Berlin, dessen Stadtrat ebenfalls unterrichtet ist, hat nun ebenfalls das Stuttgarter Beispiel nachgeahmt. Ueber die feuerteknische Seite berichtet darüber der „Vorwärts“: Steuerpflichtig ist der Inhaber der Gastwirtschaft. Er hat die für die einzelnen Steuerstunden nötigen Mengen von Steuerkarten rechtzeitig von der Steuerbehörde zu beziehen und an die sämtlichen innerhalb der einzelnen Steuerstunden anwesenden Teilnehmer nach erfolgter Entwertung zu verabsorgen. Die Teilnehmer des gefestigten Besamens oder des Balles haben neben dem Gastwirt als Gesamtschuldner für die Gesamtersteuer zu sorgen. Sie sind zur sofortigen Erstattung des auf sie entfallenden Steuerbetrages an den Gastwirt verpflichtet. Bei größeren Veranstaltungen, wie Wälden usw., mit mehr als hundert Teilnehmern kann die Steuerbehörde bei vorheriger Anmeldung zur Vereinfachung der Geschäftsbearbeitung besondere Vereinbarungen über die Steuerzahlung, das Einschleusen von Getränken, Gefäßlose Vereinigungen, die aus beruflichen Gründen ihre Mitgliederbesamensungen oder sonstigen Veranstaltungen über ein Uhr nachts ausdehnen müssen oder zur nach diesem Zeitpunkt abhalten können, kann die Steuerbehörde auf Antrag ganz oder teilweise von der Steuer befreien.

Der Befreiungsantrag muß jedoch 24 Stunden vor der Veranstaltung gestellt und bei der Steuerbehörde eingegangen sein. Befreiert wird — wie der „Vorwärts“ weiter mitteilt — grundsätzlich der Aufenthalt in Gast- und Schankwirtschaften über die Polizeistunde hinaus, also nach 1 Uhr nachts. Hierbei wird einmal zwischen Verlosungen auf der einen Seite und Weinlokalen, Bars, Döhlen auf der anderen unterschieden. Für die letzteren gelten grundsätzlich die Doppelten Sätze. Sondern werden die angemeldeten, harmonischen Vergünstigungen der nicht mit Glücksspielen, gefestigten Bewirtung, Sommerfeste, Zerstreuung usw., gebietet von den großen Sälen in mehrbälligen und von sonstigen „Geschlossenen Gesellschaften“, die sich unangemeldet abhalten in den Sälen des Nachtheils lediglich zum Zwecke des „Durchschöpfens“, also zur Umgehung der Polizeistunde bilden. Diese Herrschaften sollen fortan für jede Stunde ihres Sumpfbetriebs 3 M. (bzw. 6 M. in Weinlokalen) Nachsteuer. Bei den angemeldeten Vergünstigungen wird nach der Höhe des Eintritts gefordert mit der Maßgabe, daß 100 Prozent der bereits gezahlten sonstigen Vergünstigungen nicht überschritten werden dürfen. So wird also beispielsweise bei einem Eintrittsgeld von 3 M. nur ein Aufschlag von 50 A hinzukommen, während die großen Säle die Berliner Weisen für das Vergnügen der durchgeführten Nacht bis zu 40 M. an Steuern zu entrichten haben.

Die Einnahmen für den Stadtsäckel, die aus diesem Teile der Luftverkehrssteuer fließen werden, dürften recht beträchtlich sein. Stuttgart, das als ersten deutsche Stadt diese Steuer erprobt hat, hat beispielsweise bereits im ersten Monat die runde Summe von 100.000 M. daraus vereinnahmt. Für Berlin dürfte also etwa 2 Millionen im Laufe des Jahres aus dieser Steuerquelle fließen. Die Berliner Finanzverwaltung hat sich bereits über die Möglichkeit, das Berliner Nachleben zu beschränken oder zu verhindern, sie hat aber ebenso selbstverständlich das Recht, aus den hier verbleibenden Millionen wenigstens einen kleinen Teil für ihre notwendigen Finanzen und für ihre sozialen Aufgaben zu retten.

Können frühere Arbeiter in höhere Gehaltsgruppen eingereiht werden?

Diese prinzipiell beachtenswerte Frage ist in Heidelberg aufgetaucht und hat am besten Dienstleistungen sogar den dortigen Bürgerausschuß beschäftigt. Es handelte sich um die Einreihung unseres Gen. Landtagsabg. und Stadtrat Emil Maier in die Gehaltsgruppe XII, da er Leiter des Heidelberger Wirtschaftsamtes ist. Als solcher hat er schwierige und vielfache Aufgaben zu lösen, wie Regelung der Brennholz- und Kohlenversorgung in den Zeiten der Mangelswirtschaft und zum Teil auch in der Gegenwart, Reparaturen für die städtischen Betriebe, Beschäftigung der Arbeiter usw. Es wird allgemein anerkannt, daß Gen. Maier sich auf seinem Posten durchaus bewährt und namentlich auch in Bezug auf die Heidelberger Arbeitslosen der Stadt manche Sorgen abnimmt. Mit Recht hat ihn deshalb der Stadtrat in Gruppe XII der städtischen Besoldungsordnung eingereiht.

Das konnten einige Spießer und auch der Redakteur Paugische von den „Heidelbergischen Nachrichten“ nicht vertragen. Sie griffen Maier öffentlich an; er sei doch nur Schriftführer gewesen, bestehe keine akademische Bildung und dürfe deshalb als früherer Arbeiter nicht in Gruppe XII eingereiht werden. Zudem sei er nur aus parteipolitischen Gründen in seine jetzige Stelle gekommen. Gen. Maier erwiderte in der Heidelberger „Wirtschaft“ ganz zurecht, es komme nicht auf die Zahl der Posten an, die man als Stadtverwalter leistet. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion brachte nun in der letzten Bürgerausschussung eine kurze Anfrage ein. Die Antwort, die der Oberbürgermeister, war für die Kritiker des Gen. Maier eine vernichtende. Er erklärte, die erhobenen Vorwürfe seien sämtlich unbegründet. Maier sei von dem gesamten Stadtrat seinerzeit zur Leitung des Wirtschaftsamtes aufgefördert worden; er gehöre in die Klasse der Vorstände städtischer Unternehmungen, die sämtlich in die Gehaltsgruppe XII eingereiht seien. Der Stadtrat habe es für richtig gehalten, den Vorstand des Wirtschaftsamtes genau so zu stellen, wie die Vorstände der Hoch- und Tiefbauämter in Heidelberg.

Damit sind den Angreifern die Waffen aus der Hand genommen. Prinzipiell ist damit außerdem festgelegt, daß auch frühere Arbeiter in höhere Gehaltsgruppen eingereiht werden können, sobald sie wichtige Stellen im Staate oder in der Gemeinde bekleiden. Für sozialistische Minister und Bürgermeister ist dieses Prinzip aus sich schon festgelegt, es ist erfindlich, daß der Fall Maier auch für die Gehaltsgruppe bis zu 12 (und eventuell darüber hinaus) klare Bahn geschaffen hat, denn nur

dadurch kann das bekannte Wort Wahrheit werden: Freie Waga dem Tüchtigen!

h. Jöhlingen, 13. Febr. Da der Gemeinderatsbeschuß vom 23. Jan. bei sehr vielen Ortsbewohnern große Erbitterung hervorgerufen hatte, beantragte die Sozialdem. Partei, mit Unterstützung der kommunistischen Partei eine Bürgerausschussung. Die Sitzung fand am 9. Februar statt. Die Tagesordnung lautete: Die Abgabe von Brennholz, das im März 1921 bei der allgemeinen Holzabgabe als Nachlieferung vertriebenen Ortsbewohnern zugesagt worden war. Nach sehr lebhafter und weitführender Debatte wurde der Antrag eingebracht, daß jeder Einwohner, der im letzten Jahr zu kurz kam, bei der Holzabgabe jetzt einen Ster erhalten soll, dessen Preis vom Gemeinderat festzusetzen ist. Der Antrag wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Ueber die Ausführung des Beschlusses muß nun noch fortwährende Genehmigung eingeholt werden.

Mannheim, 11. Febr. Der Stadtrat hat beschlossen, an den badischen Landtag die Bitte zu richten, der Staat Baden möge sich an dem Fehlbetrag (acht Millionen) des Mannheimer Nationaltheaters im gleichen Verhältnis beteiligen, wie an demjenigen des Karlsruher Landestheaters oder wenigstens einen Zuschuß von gleicher Höhe in den Staatshaushalt einstellen wie für Karlsruhe.

Mannheim, 10. Febr. Die Arbeiten am Redarkanal werden neue Pläne auf für die Gestaltung des Stadtbildes innerhalb des angrenzenden Geländes und die Ergründung verkehrswirtschaftlicher Möglichkeiten. So ist jetzt die Auffüllung des linksseitigen Redarvorlandes oberhalb der Friedrichsbrücke geplant, für die 80.000 Kubikmeter Auffüllungsmasse notwendig sind. Gegen Erhaltung der Transportlofen von der Aufhebung der Redarkanal anfallt werden erhebliche Aufwendungen für die Durchführung des Planes erforderlich 8.820.000 M. — Auf dem gleichen Gebiet liegt die geplante Auffüllung des Redarvorlandes weiter gegen Seckenheim zu für die 500.000 M. veranschlagt werden.

Singen, 11. Febr. Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß beschloß den Erwerb des beim Krankenhaus liegenden Paradenplatzes nebst den wertvollen Bausachen für ungefähre 234.000 M. Ein Teil der Paraden soll zur vorläufigen Erweiterung der Anstalt und Mädchenfortbildungsschule dienen. Die Paraden sind zum Teil veräußert.

Lörrach, 12. Febr. Der Bürgerausschuß genehmigte die Erweiterung des städtischen Wasserwerks mit einem Kostenaufwand von 1 1/2 Millionen Mark. — Zur Förderung des Wohnungsbaues stimmten die Stadtverordneten auch dem Erwerb von Gelände durch die Stadt und Abgabe desselben an Pachtlustige zu. Wie Bürgermeister Dr. Gugelmeier darlegte, bedarf es oft monatelanger oder jahrelanger Verhandlungen, um die Grundbesitzer zur künftigen Abgabe von Gelände zu bewegen. Gehe es so weiter, so sehe sich die Stadt genötigt, ein großzügiges Enteignungsverfahren in die Wege zu leiten.

Lörrach, Der Bürgerausschuß beschloß, daß ab 1. Oktober 1921 für die vollbeschäftigten Gemeindebeamten die jeweils vom Reich und Staat erlassenen Besoldungsbescheide und Verordnungen jimmegemäße Anwendung finden sollen.

Kleine Nachrichten

Landau. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Wilhelm Beckendorf aus Birnassens, der sich in ein marokkanisches Regiment im Elsch hatte einstellen lassen, aber wieder entwichen war und einen französischen Offizier beleidigt hatte, zu 2 Jahren Gefängnis.

Nürnberg. Wegen ehelicher Zwitterigkeiten hat die Frau des hiesigen kaufmännischen Direktors Kahl ihren Mann beim Frühstüd erschossen und sich dann selbst getötet.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Halle hat der Landbund der Provinz Sachsen gegen die Reichsgetreidestelle Strafantrag wegen Wuchers erhoben. In der Anzeige wird behauptet, daß die Reichsgetreidestelle Kauf habe und jetzt mit 37,50 M. für den Doppelzentner gekauft habe und jetzt mit 320 M. verkauft. Sie nehme also fast 1000 Prozent für sich in Anspruch.

Berlin. Wegen Bestechung wurden 2 Beamte von Berliner Wohnungsämtern, Juid und Buchholz, verurteilt, der erste zu 6 Monaten Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe, der letztere zu 3 Monaten Gefängnis und 8000 M. Geldstrafe. Ein Angeklagter der Bremerhofenstraße namens Strupp erhielt wegen Weisung dazu einen Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Die Verurteilten hatten durch den Inhaber einer Wohnungszentrale gegen hohe Provisionen mindestens ein Drittel aller Eintragungen fingiert. Sobald einer dieser fingierten Bewerber an die Reihe kam, wurde sein Name durch den eines zugehörigen Bewerbers ersetzt.

Ezegebirg. Am Sonntag früh brachen vier Wagen eines Hochzeitszuges, die über die zugefrorenen Theiß fahren wollten, in der Mitte des Stromes ein und versanken, 27 Männer und Frauen fanden den Tod.

Berichtszeitung

Verleitung zum Meineid. Der 24 Jahre alte Kaufmann Wilh. Schloffer aus Hohenheim und der 23jährige Kaufmann Walter Schulze aus Ulben, beide wohnhaft in Forzheim, waren wegen Verleitung zum Meineid und Weisung hierzu angeklagt. Die Anklage wirft ihnen vor, daß sie im Sommer und Herbst 1920 teils allein, teils zusammen zu einem Zeugen nach Mannheim führten, um ihn durch Versprechungen zu veranlassen in dem Alimentationsprozeß, der gegen Schloffer anhängig war, falsche Aussagen zu machen. Das Gericht erkannte gegen Schloffer auf ein Jahr und drei Monate Zuchthaus und gegen Schulze, der die Anzeige erlittet hatte, auf neun Monate Gefängnis, wovon sechs Wochen als durch die Untersuchungsphase bereits gelten. Außerdem wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Eine gefährliche Schwindlerin ist die frühere Krankenpflegerin, die 53jährige Gertrude Rüdts aus Waltersweil bei Waldshut. Sie ließ sich unter der Angabe, sie leide an Magenblutungen, in das Freiburger Krankenhaus aufnehmen. Von einer Freundin hatte sie sich eine Flasche mit Schweineblut besorgen lassen, das sie heimlich schluckte und wieder ausspülte. Durch bestimmte Anwendung des Fieberthermometers mußte sie hohe Temperaturen vorauspiegeln. Sieben Wochen lang führte sie ihre Schwindelchen durch, bis man hinter den Betrug kam. Die Strafammer verurteilte die Schwindlerin zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis.

Probieren Sie, bitte, Maggi's Fleischsuppe, Maggi's Kartoffelsuppe oder irgend eine andere der vielen Sorten. Sie werden sicher nur noch diese kochen. (12)

### Aus der Stadt

• Karlsruhe, 16. Februar  
Geschichtskalender

16. Februar. 1894 Ernst Daebl, Naturforscher, in Potsdam. — 1920 Die Entente überläßt Deutschland die Aburteilung der Kriegsschuldigen. — 1920 Gen. Somogyi und Dichter Bajza von der ungarischen Reaktion ermordet.

### Karlsruher Parteinachrichten

**Frauenversammlung.** Morgen Freitag abend 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Hebelstraße eine Versammlung der Frauenaktion des sozialdem. Vereins statt. Genosse Professor Wilhelm wird einen Vortrag über „Die Bedeutung der englischen Kultur“ halten. Zu dem interessanten Vortrag sind die Genossinnen und Genossen bestens eingeladen mit dem Erfuchen, recht zahlreich zu erscheinen.

**Die Bibliothek des sozialdem. Vereins** ist jeden Freitag von 15—18 Uhr geöffnet. Sie befindet sich in der Volkshandlung, Alsterstr. 16. Genossen und Genossinnen, benützt die langen Winterabende zum Lesen von guten Büchern, dazu bietet unsere reichhaltige Bibliothek die beste Gelegenheit.

**Die Sozialdemokratischen Gewerkschaften** (Arbeitsgruppe der Sozialdemokratischen Partei) veranstaltet kommenden Freitag den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr, in den „Alten Binden“ (Ede Nibel-Alterstraße) einen öffentlichen Vortrag. Das Thema: „Darf der Beamte streiken.“ Bei der aktuellen Bedeutung dieses Themas, das von einem Kenner des Beamtenrechts sachmännlich behandelt wird, dürfte auf alleseitigen Besuch sowohl durch die Parteigenossen als auch durch Beamte, Lehrer und Angestellte, die mit unfernen politischen Bestrebungen sympathisieren, zu rechnen sein.

### Straßenbahn und Publikum

Ein **Gewerkschaftsangehöriger** schreibt uns: Der aufmerksame Beobachter wird finden, daß der Fahrplan der Stadt Straßenbahn sehr mangelhaft ist. Der Beweis dafür soll hiermit erbracht werden. Über nicht nur der Fahrplan ist es, der zur Kritik herausfordert, sondern auch andere Mängel. So ist z. B. an vielen Stellen der Unterbau der Bahn gerade in einem schmerzhaften Zustand. Viel schlimmer steht es in der Oberleitung aus. Der Reaktionswagen ist eine Seltenheit, weil nicht an Beamten, aber an Arbeitern gearbeitet werden muß. Wir haben an dieser Stelle schon mehrmals darauf hingewiesen, daß durch eine falsche Paraphrasierung der bestehenden Betriebsvorschriften schwere Unglücksfälle sich ereignen können, die zu verhängnisvollen Schäden der Stadtverwaltung führen.

Zurückkommend auf den Fahrplan sei festgestellt, daß in der Hauptverkehrszeit, der Kaiserstraße von Durlacher- und Mühlburger-Tor, sowie auch in den Zweiglinien 7—8 Minuten lang kein Straßenbahnwagen zu erblicken ist. Nach einer längeren Pause, rollt dann Wagen hinter Wagen. Sind dann die Linien alle passiert, folgt der Zeitpunkt der Rente wieder ein. So kommt es auch, daß in der westlichen Ecke Mühlburg, die von Linie 1 und 2 befahren wird, die Linie 1 in Fahrzeiten von 7 resp. 8 Minuten, mit der bis zur Hardtstraße führenden Linie 2 größtenteils zusammen fährt. Das Publikum auf der Strecke Hardtstraße bis Schillerstraße muß dann wieder 7 resp. 8 Minuten warten, bis die beiden Linien wieder zusammenkommen. Ist es dann ein Wunder, wenn Herr hinter Herrn Straßenbahnwagen jeden Tag beobachten kann? Der 2. Wagen wird immer eine Rente aufzuweisen haben, da ihm der Vorrang die Passagiere wegnimmt. Das Publikum, das den 2. Wagen benutzt, hat dann mit seiner Linie Anschluß, jedoch man dann das wunderbare Vergnügen hat, bei der Hauptpost nochmals 8—10 Minuten zu stehen, bis man nach Haltestelle Marktplatz oder nach dem Osten oder Süden kommen kann. Noch schlimmer ist folgender Fall: Der Ringwagen Nr. 3, der abends 11.26 Uhr an Haltestelle Hauptbahnhof kommt, muß dort laut Fahrplan bis 11.40 Uhr stehen bleiben. Ob der Wagen voll ist, spielt keine Rolle, der Fahrplan ist maßgebend. Jedermann, der sich hierüber überzeugen will, kann tagtäglich beobachten, daß eine große Anzahl Personen, die im Westen der Stadt wohnen, dann den Weg zu Fuß zurücklegt, weil ein Anschluß an den Wagen Linie 1, der 11.41 Uhr ab Hauptpost fährt, nicht mehr erreicht werden kann. Man könnte über diese Kränklichkeit sich amüsieren, wenn es für die in Frage kommenden nicht allzu teuer wäre. Bei den heute so teuren Fahrpreisen kann das Publikum verlangen, daß es nicht auf der halben Strecke ausgelassen wird, und die längste Strecke des Wegs zu Fuß zurücklegen muß. Die Fahrgäste müssen so geacht werden, daß ein Anschluß mit dem letzten Wagen nach Mühlburg noch erreicht werden kann. Würde der Wagen anstatt 11.40 Uhr um 11.30 Uhr ab Hauptbahnhof fahren, wäre der Anschluß an die Linie 1 noch zu erreichen. Warum dieser Wagen 15 Minuten still liegen muß, ist unbegreiflich. Diesem

Wagen folgt 5 Minuten später derjenige, der 11.35 Uhr an den Bahnhof kommt. Solche Mängel sind bald zu beseitigen. Möge der Stadtrat dafür Sorge tragen, d. h. nach dem Rechten sehen und durchgreifen. Das Publikum, das die teuren Fahrpreise zahlen muß, kann und muß verlangen, daß die Straßenbahn einen dem Bedürfnis entsprechenden Betrieb hat und die hier aufgelisteten Mängel, von denen sich jedermann überzeugen kann, beseitigt werden.

### Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten (Gaststube Karlsruhe)

Im „Elefanten“ fand am Donnerstag die jährliche gut besuchte Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel- und Kaffeeangestellten statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte. Nach dem 1. Punkt, die Karlsruher Zeitung durch die bis jetzt gepflegten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Versammlung nahm Kenntnis hiervon und beurteilte das Gebahren der Arbeitgeber bei den Verhandlungen, denn sie tragen die Schuld am Scheitern der Verhandlungen. Ganz besonders Enttäuschung löste die Realisierungsfrage des weiblichen Bedienungspersonals in Bezug auf die 14tägige Kündigung aus. Das Bedienungspersonal beklagt mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Zumutung der Arbeitgeber, die Angestellten in das Joch der Korkriegszeit zurückzuführen. Man muß bedenken, daß die Angestellten heute schon 14—15 Stunden im Betrieb stehen und mit Stundenlöhnen von 1.50 M., 2 M. und 3 M. ihr Dasein fristen müssen. Das soziale Verständnis der Arbeitgeber scheint hier in diesen Fällen gewaltig Schiffbruch gelitten zu haben. Die Versammlung appelliert deshalb nochmals eingehend und dringend an die Arbeitgeber, von dem oben genannten Standpunkt aus zu handeln. In der Diskussion kam auch einstimmig zum Ausdruck, daß unter der heftigen Bedrückung eine Kündigung mit 5 Proz. zu gering ist. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um bald andere Verhältnisse zu schaffen.

Den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre gab Kollege Rodrian an. In eingehender Weise rekapitulierte der Redner alle die wichtigen Lohnbewegungen des vergangenen Jahres, die Verhandlung dazu und die Aufgaben, die der Zentralverband der Hotelangestellten zu lösen hätte, damit gerade das festbesetzte Personal in dem schweren Daseinskampf nicht unter die Äußersten kam. Ausgehend von den Preisen und Löhnen des vergangenen Jahres bis zum Ende unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Konjunktur, kam er zu dem Endresultat, daß trotz den verschiedenen Verhandlungen noch immer nicht das Erlösziel erreicht sei. Nicht man nach den Statistiken einen Vergleich, so brauchte eine vierköpfige Familie wöchentlich ein Mindesteinkommen von 514.63 M. Die meisten unserer verheirateten Kollegen, insbesondere die Arbeiter, haben dieses Einkommen noch lange nicht erreicht und müssen mit Hungerlöhnen ihr Dasein fristen. Ein Vergleich der Löhne am Ende des Jahres gegen den Anfang zeigt am deutlichsten den Erfolg der Organisation und daß der sichere Fort für die Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten der Zentralverband ist. Der Spitzenlohn eines erfindlichen Mädchens betrug 6.50 M. in der Stunde, für die Kolleginnen 1.50 M. Betrachtet man aber die Spitzenlöhne in den einzelnen anderen Berufen, so beträgt er da durchschnittlich 10.50 M. und bei weiblichen 6.55 M. in der Stunde. Diese Tatsachen zeigen am deutlichsten, welchen Weg wir im neuen Geschäftsjahr zu gehen haben, um berechnete Löhne zu erlangen.

Am die Arbeiten im Berichtsjahr alle lassen zu können, waren 22 Verhandlungen und Schlichtungen, 18 Verhandlungen, 3 Konferenzen, 5 Schlichtungsausschüssen, 1 Verhandlung vor der Demobilisationskommission und 80 Gewerbegerichtsverhandlungen notwendig. Die vielen Gewerbegerichtsverhandlungen beweisen die Einseitigkeit einer Reihe von Arbeitgebern. Die Gesamtergebnisse konnten nur erreicht werden durch intensives Handeln in Handarbeiten und intensiver Arbeit der Geschäftsleitung. Trotz der verschiedenen Ausbesserungen für unsere Ortsbeamten und sogar Angehörigen bei der Staatsanwaltschaft, konnte manche heisse Situation im vergangenen Jahre beseitigt werden. Kollege Rodrian erwähnte den Ortsbeamten weiter, ebenso wie bisher zu arbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß alle Kolleginnen und Kollegen sich der Bedeutung der Organisation bewusst werden, dann können wir getrost der Zukunft entgegensehen.

In der nun einleitenden Diskussion wurde die Arbeit der Organisationsleitung resümiert anerkannt und darauf verwiesen, daß die Verhältnisse momentan für uns nicht so günstig sind, wie wir wünschten, daß mehr Sektionsversammlungen stattfinden sollten.

Kollege Dilli gab den Rassenbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß die Beitragsleistung im vergangenen Jahre als eine gute zu bezeichnen war; wurden doch durchschnittlich 11 Beiträge abgelehrt. Nur unter den Kolleginnen ist eine große Situation zu verzeichnen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 4. Quartal betragen 33 326.06 M. Der Hauptkassentitel 10 857.22 M. zugeführt werden. Als Kassenbestand

verbleibt der Ortsverwaltung 9864.63 M. Der Mitgliederstand der Ortsverwaltung beträgt am Schluß des Jahres 457. Redner wies darauf hin, daß die Beiträge auf Grund der Geldentwertung und der dauernd steigenden Kosten für Porto und alle Bedarfsartikel eine Neuregelung erfordern müssen. Mit dem Wunsch, daß das angefangene Geschäftsjahr noch günstiger ablaufen möge, schloß der Redner seinen ausführlichen Bericht. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt.

In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Rodrian, Deger, Scholl, Streubühler, Huber, Frank, Förster und Fr. Meier gewählt. Als Kartelldelegierte Nachler, Huber, Dilli, Kollege Rodrian wurde zum Schluß, das Gebot zu bewerten, rege Agitation zu leisten, um die Einseitigkeit der Organisation überall vom Vorteil der gesamten Angestellten durchzuführen. Aufsperrnde Arbeit sei notwendig, denn wir gehen schweren und ersten Zeiten entgegen. Weiterhin ist erforderlich, daß alle Kolleginnen und Kollegen ihr Wissen verdolksamen, die Arbeiterpresse lesen und sich an den gewerkschaftlichen Versammlungen beteiligen. Nur wenn wir in diesem Sinne weiterfahren, kann der Erfolg ein guter sein.

Am Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die heute im Reiz. „Elefanten“ stattfindende Generalversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den von den Arbeitgebern vorgelegten Änderungen des Kartelltarifes. Die Organisationsleitung wird beauftragt, unter keinen Umständen diese Änderungen anzunehmen und alle Mittel anzuwenden, um die Rechte der Angestellten zu wahren.

Jugendgenosse Otto Erb 4. Schon wieder muß die Arbeiterjugend den Verlust eines braven und treuen Mitgliedes beklagen. Am Mittwoch verstarb nach schwerem Krankenlager der Jugendgenosse Otto Erb im Alter von 20 Jahren. Gen. Erb gehörte eine Reihe von Jahren der Arbeiterjugend an, er war ein eifriges, tüchtiges Mitglied und ein fleißiger Besucher der Jugendveranstaltungen, soweit es sein Beruf als Telegraphenbedienter zuließ. Sein freundliches und kameradschaftliches Wesen verschaffte ihm die Freundschaft aller seiner Kameraden und Kameradinnen, die ihm deshalb ein treues Gedenken bewahren werden. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr statt. Die Mitglieder der Arbeiterjugend werden ersucht, soweit es ihnen möglich ist, dem verstorbenen Freunde, die letzte Ehre zu erweisen.

In Sachen Mietzinsberedung werden wir von der Mieter- und Untermietervereinigung um Aufnahme folgender Zeiten ersucht: In den bisherigen Zusammenkünften ist in den verschiedensten Fällen über die Mietzinsberedung für Karlsruhe dauernd betont, daß eine Vereinbarung zwischen Vermietern und Mietern über die Berechnung und Höhe der Mietzinsen getroffen werden sei. Dazu muß ausdrücklich gesagt werden, daß dies nicht richtig ist. Die Vertreter der Mieter- und Untermietervereinigung E. B. als größte Mieterorganisation hat bei den Beratungen in der sog. Mietzinskommission dieser Berechnung nicht zugestimmt. Zugelassen haben die Vertreter der Stadt, Stadträte und Stadtbekleidete, welche als Mieter und Vermieter angesehen waren, und zum Teil, soweit sie nicht Vermieter direkt sind, sehr nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu Hausbesitzern haben, weiterhin die Herren Bürgermeister, die Vertreter des Hausbesitzervereins und der Vertreter des Mietervereins. Es ist also falsch, immer wieder hinauszuweisen, es habe eine Einigung der Interessentengruppen stattgefunden. Wesen Geschäfts sollen denn damit befragt werden?

Da Geburtsheime für Schulangehörige. Zur Bequemlichkeit des Publikums wird darauf aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßig ist, die Geburtsheime für Kinder, die jetzt zur Schulanmeldung kommen, möglichst rasch auf dem Standesamt einzufragen. Erfahrungsgemäß drängen sich sonst die Einlieferungen auf einen oder zwei Tage zusammen und müssen dann stundenlang auf die Aufsertigung der Geburtsheime warten.

Einen Gemütskurverlauf veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Kleingärtnerverein. Die von der Reichsstelle für Gemüsebau angeregten Kurse besonders für Kleingärtner sollen nun auch in unserer Stadt ihren Eingang finden und wird Herr Obst- und Gemüsebauinspektor Karmann in verschiedenen Abendvorträgen das für den Kleingärtner interessante und ebenso wichtige Thema behandeln. Da der Kursus kostenlos ist, um schon Anfang März beginnt, so ist jedem Kleingärtner Gelegenheit gegeben, sich daran zu beteiligen.

Landestheater. Herr Operndirektor Cortolezis ist gezwungen, sich einer sofortigen Operation zu unterziehen, die ihn für die nächste Zeit verhindert, seinem Berufe nachzugehen. Infolge dessen hat die Leitung des am Montag, den 20. Februar, stattfindenden 5. Sinfoniekonzerts Herr Kapellmeister Lorenz übernommen.

### Veranstaltungen

„Mittwoch auf Rhein.“ Die künstlerischen Aufführungen in der unter obigem Titel bezeichneten Veranstaltung in der Reichshalle am Samstag, den 18. Februar, enthalten u. a. eine Pantomime mit Szenen, die einer Idee des Oberregisseurs Hans Lange entstammen. Es handelt sich um eine herrliche Darstellung des Stabs durch eine Stiftung zugefallenen städtischen Regiments und seines löstlichen Weines. Die Pantomime gibt Gelegenheit zur Entfaltung von hübschen Szenen, Gruppierungen und entbehrt auch nicht des Summen der Sinfonie. Die Spezialdarstellung kommt von Emil Baur, der dem Vorstand des Ausstellungsvereins am Landestheater, die Gesamtleitung befragt wiederum Hans Lange. Die schönsten und eigenartigen Momente der Fabelhaftigkeit, als welche besonders Winger und Vorträge am Flügel zum Besten kommen (aber auch sonstige malerische Skizzen) (Schwarzwälder Trachten) in schänden Köben edlen Schmuckes, preisgekrönt. Festaktenserie: Technischer Dinerne wegen kann der feste Sonntag, der 19. Februar, angelehnt „Große bunte Opern- und Tanz-Nachmittags“ nicht stattfinden, sondern muß um 3 Tage verschoben werden. An dessen Stelle findet nächsten Sonntag ein Konzert der Harmonieleute mit einem weiteren der Festaktenserie angehängtem Programm statt unter Mitwirkung des als Vortragskünstler und Lautenspieler sehr geschätzten Schauspielers Endlein vom Bad. Landestheater, der Lieder zur Laute und Vorträge am Flügel zum Besten geben wird. Außerdem wird Herr Hans Bauer vom Bad. Landestheater das Publikum mit einigen Tänzen erfreuen. Das Ganze soll unter dem Motto: „Humor und Kunst“ vor sich gehen. Ratsversuche man aus den Anzeigen.

Gertrud Braun, die ihre Studien bei Frau Kammerfängerin Gisela Stadlger vollendet hat, wird am Dienstag, 21. Februar, im Eintratskale einen Einführungsvortrag über „Die Kunst des Hugo Rohrer“ vor seiner mehrtägigen Tätigkeit am hiesigen Landestheater als hervorragender Pianist befehlen bekannt, wird den hiesigen Künstlerinnen am Flügel begleiten. Der Vortrag wird von der Konzertdirektion Kurt Neufeldt übernommen.

Leuba von Hiltner, eine jugendliche Aoloraturfängerin aus Wien wird Montag, 20. Februar, unter Mitwirkung des hier beheimateten Pianisten Dr. Hohen im Eintratskale einen Vortrag über „Humor und Kunst“ vor sich gehen. Ratsversuche man aus den Anzeigen.

### Theater, Kunst und Wissenschaft

Karlsruher Konzertwoche

Über zwei Klavierabende haben wir zunächst zu berichten; da ist in erster Linie der Karlsruher Victor Dinand zu nennen, der sich im vergangenen Jahre erstmals als Pianist von beachtenswerter künstlerischer Befähigung vorstellte. Er hat gute Fortschritte gemacht und machte mit der Wiedergabe der Appassionata-Sonate von Beethoven, den äußerst schwierigen Variationen von Chopin und dem Schumannschen „Carneval“ einen geliebten und künstlerischen Eindruck, zumal sein Spiel frei von geschäftigen Effekten und Ertübelungen war. Freilich: Nach der Appassionata wurden wir an einen beherzenderen Vortrag erinnert, der Beethoven einmal einer Entschlossenheit schrieb: „Fahre fort, läse nicht nur die Kunst, sondern dringe auch in ihr hinein.“ Mit anderen Worten, daß Dinand steht das innere Erleben weit zurück gegenüber der äußerlichen Technik, die doch nur Mittel zum Zweck sein darf. Wenigstens bei einem Künstler. Er ist hier im Königschen Konservatorium als Lehrer tätig, schon deshalb hätten wir ihm einen besseren Besuch gewünscht.

Die gegenwärtig seltener zu hörenden Vorträge an zwei Klavierabenden brachte das bekannte Klavierpaar Hans Bruch und Lene Weiler-Bruch. Es war ein liebevolles Musizieren mit leichtem Einschlag ins rein Virtuosenhafte. Aus ihrem Programm verdient Erwähnung das uraufgeführte Präludium mit Frage von dem hier studierenden R. Lopatnikoff, das moderne Einflüsse zeigt; aber eine starke Talentprobe darstellend. — Heinrich Cassirer sprach im „Erdringensbüchchen“ über Max Regner, der sich verständig und gut gegliedert, jedoch man ihm einen größeren Kreis von Hörern gewünscht hätte. — Besser besucht war das Konzert der Musikgesellschaft. Otto Mar Vogt, unter Konzertmeister, spielte eine Brahms-Sonate mit Musikalität und Ausdruckskraft und hübsige mit einigen Sätzchen dem Virtuosenentum. Frau Großkopf-Schumacher ließ wegen Erklärung um Nachsicht bitten, sie sang u. a. einige bereits im letzten Jahre gehörte Lieder von Max Stebel, die uns — speziell die beiden letzten — stärkere Eindrücke vermitteln als seine Begleitung der Brahms-Sonate. — Künstlerisch begabte hiesige Jugend bestritt das Programm des Deutschen Abend zum Besten der deutschen Schulen im Grenz- und Ausland und zwar so freudig und eifrig und von nachhaltigem Erfolg begleitet, daß selbstverständlich

niemand der sehr zahlreichen Mitwirkenden mit kritischem Maß gemessen werden soll. Nun sollten wir zwar jeder einzelnen Leistung gedenken, aber die beschränkten Raumverhältnisse lassen das nicht zu. Deshalb sei allen ein Gesamtes gedenket für die uneigennütigen Mitwirken. Da sind zunächst zu nennen: Hel. Gertrud Stöcker und E. Gerberlein, die im Verein mit tangenden Kindern Baumbachs Volkslieder-Singspiel „Kinder und Weiden“ sehr glücklich zur Aufführung brachten. Irma Koller, Paula Schmid und Gertrud Schmid traten mit Liedern hervor und W. Eisenlohr und H. G. G. wirkten unterhalten, daswischen lagen die Vorträge von einem Mädchenchor unter H. Lehners Führung und Reigen in geschmackvoller Einfühlung durch Hel. Kaffinger und Hel. Doll. Die Leitung von H. Baumhach hat an dem guten Gelingen den größten Anteil; auf sein liebenswürdiges Singpiel darf die Aufmerksamkeit gelenkt werden, es wird überall Erfolg haben. Die Musik dazu ist von Prof. Schmid geschmackvoll für kleines Orchester gesetzt. Ein solches spielte unter M. Schlegers Leitung eine Ouvertüre von Schubert. Der Besuch war stark.

Marie Lorenz-Schüller von der Wiener Staatsoper wurde von der Direktion des Züricher Stadttheaters zu einer Reihe von Gastspielen verpflichtet. Frau Lorenz wird im März und später bei den internationalen Festspielen die Titelrolle in Friedrich Hofers „Hoffmann“ singen. Die glänzende Gesangs- und Darstellungsleistung der Künstlerin geben der Züricher Direktion Veranlassung, die zur Vorbereitung dieser Rolle eigens zu berufen. Außer Zürich sind z. B. auch die Bühnen in Darmstadt und Wiesbaden mit den Vorbereitungen zur Aufführung von Hofers „Hoffmann“ beschäftigt.

Diegen Schmidts Legendenpiel „Die St. Jacobshöhle“, die am 18. Februar am hiesigen Landestheater gespielt wird, ist soeben in Buchform bei Oesterle u. Co. erschienen.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltet in diesem Jahre zwei Internationalen Sommerkurse, eine in Nord-Italien und eine in Deutschland auf Burg Lauenstein in Oberfranken. Fragen von internationaler Bedeutung sollen erörtert werden. Referentinnen und Referenten sowie Besucher aus verschiedenen Ländern werden erwartet. Alle Einzelheiten werden rechtzeitig durch die Presse und auf Anfrage mit Hilfe des durch das Zentralbüro München, Odenpl. 4/2 bekannt gegeben.



### Deerkemer Worschmarkt

Die Vorverkaufskarten vergriffen. — Wir haben deshalb die beschränkte Anzahl Abendkassentickets zu 15 Mk. bzw. 20 Mk. an die Vorverkaufsstellen zum Verkauf ausgegeben.

2604 **Typographia.**

### Deutscher Metallarbeiter-Berband

Am Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr findet im Konzerthaus eine **Sondervorstellung** der **Badischen Lichtspiele** für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes, sowie deren Angehörige statt. Zur Vorführung gelangen:

1. Die große Konjunktionsgesellschaft Berlin.
2. Die Groß-Geliebte.
3. Unfallberufungsprozesse.
4. Die lachende Konkurrenz.
5. Abenteuer.

Der Eintrittspreis beträgt auf allen Plätzen von 4.— bis 10.— Mk. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten und Einfassern, sowie im Büro Friedrichsplatz 11 zu haben.

Die Bildungs-Kommission.

### Circus Busch

Karlsruhe Ausstellungshalle  
Donnerstag und Freitag abends 8 Uhr  
**Extra-Vorstellungen.**  
Zu diesen Vorstellungen hat jed. Herr das Recht auf sein Billet

**eine Dame frei** einzuführen.  
Das gesamte Riesenprogramm sowie die **grosse Wild-West-Pantomime.**  
Vorverkauf Zigarrenhaus Meyle, Markt und an der Circuskasse. (1106)

### Kleider, Schuhe, Mäntel

einzelne, teils zu höchsten Preisen  
6. Mittelrad, Tel. 3980  
Eisenbahnstraße 32, 11.

**Pfannkuch & Co.**  
Neu eingeführt  
Spezial zur **Fastnachtsbäckerei**  
**Schmelz-Margarine**  
Pfund 28.—  
Kart 28.—  
**Cocosefett**  
Pfund 28.—  
Kart 28.—  
in Tafeln  
Pfund 28.—  
Kart 28.—  
**Pfannkuch & Co.**

### Naturheilverein Karlsruhe

Donnerstag, den 16. Febr. 1922, abends 8 Uhr, im Saal des Palmengartens, Herrenstr. 38  
**Oeffentlicher Vortrag**  
des Herrn Karl Kirten, Lehrer a. D. und Schriftsteller aus Weihenstephan über:  
**Die gefährlichsten Kinderkrankheiten.**  
Eintritt für unsere Mitglieder und Mitglieder des Dombadischen Vereins . . . 2.— einjährl. Steuer  
Vorbehaltener Platz für unsere Mittel- und Mitglieder des Dombadischen Vereins . . . 3.50 einjährl. Steuer  
Nichtmitglieder . . . 3.—  
Vorbehalt. Platz f. Nichtmitgl. . . 3.—  
2579 **Der Vorstand.**

### Zentralverband der Angefallenen

Die heutige Mitgliederversammlung findet nicht im Saal III (Schrempf), sondern im Saal der **Alten Brauerei Kammerer** Waldhornstraße  
statt. Beginn 7/8 Uhr.  
2600 **Die Erbsenverwaltung.**

### Arbeiter-Turn- und Sportbund

3. Bezirk.  
Sonntag, den 19. Februar 1922, vormittags 8 Uhr beginnend, findet im „Wintergarten“ in **Bezirkstag**  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht;  
2. Rechnungsbericht;  
3. Vortrag über den Aufbau des Arbeiter-Turn- und Sportbundes;  
4. Bundesfest in Leipzig;  
5. Neuwahlen;  
6. Bezirks- und Gruppenveranstaltungen;  
7. Wünsche und Anträge.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jeder Verein vertreten sein. Auf je 100 Mitglieder kommt 1 Delegierter.  
2603 **Der Bezirksauskunft.**

### Bad. Landestheater.

Donnerstag, 16. Februar, 7—9/10 Uhr, Mk. 40.—  
Th.-Gem. B. V. B. alle Nummern über 3400  
**Zar und Zimmermann.**

### Die Karnevals-Laternen

ist erschienen.  
Auslieferung im Zeitungsverlag, DILZI B  
Karlsruhe, Karl Friedrichstr. 6. 2597  
**Kolporteurs gesucht!**

### Residenz-Lichtspiele

Waldstraße 30 Telephone 5111  
Spielplan  
Nur noch heute und Freitag!  
**Die Bettlerin von Stambul**  
der bis heute unerreichte amerikan. Großfilm in 7 Akten.  
Ort der Handlung: **Stambul, das Herz Konstantinopels, und die arabische Wüste.**  
In der Hauptrolle die grössten Künstler Amerikas:  
Sari Bettelmädchen . . . Priscilla Dean 2577  
Kapitän Harry . . . Wheeler Oakmann  
Kapitän Kassar . . . Nigel de Brullier  
Scheik Achmet . . . Hamid . . . Wallace Boery  
Prachtvolle Aufnahmen aus dem Morgenlande.

### Joe Martin der Missetäter

Tierlustspiel in 2 Akten.  
Nur an den Nachmittagsvorstellungen:  
**Der Welt Liebe und Leid.**  
5 Akte von Ernst B. Fey.  
Regie: Franz Osten.  
In der Hauptrolle:  
**Violetta Napierska, Fritz Greiner, Viktor Gehring.**

### Todes-Anzeige.

Heute früh 1/9 Uhr starb nach langem schwerem Krankenlager unser lieber jüngerer Sohn und Bruder  
**Otto Erb**  
Telegraphenbureau  
im Alter von 29 Jahren. Dies zeigen Verwandten, Freunden und Bekannten in tiefster Schmerze an  
Karlsruhe, 15. Februar 1922  
**Familie Ludwig Erb.**  
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.  
Trauerhaus: Gottesackerstr. 33 a IV.

### Berein Arbeiter-Jugend

Karlsruhe.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Mittwoch verschied nach schwerem Krankenlager das Mitglied, unser lieber Freund, Jugendgenosse  
**Otto Erb**  
Telegraphenbureau  
im Alter von 29 Jahren.  
Die Arbeiter-Jugend beklagt in dem verstorbenen Freunde den Verlust eines lieben, treuen und braven Kameraden, der seit langem Mitglied der Arbeiter-Jugend war und stets mit Freude und Liebe ihrer Sache diente. Wir werden daher sein Andenken stets in Ehren halten.  
2602 **Die Jugendleitung.**  
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr statt. Die Mitglieder werden erucht, sich zahlreich zu beteiligen.

### Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig  
**S. Rosenbusch, Kaisersstr. 137.**

### Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die **Inserenten des Volksfreund.**

### Spöd.

Für unsere hiesige Filiale suchen wir zum 1. März einen umständigen  
**Filialleiter.**  
Gelegene Bewerber wollen sich an Herrn Karl Jäger, Spöd., wenden.  
Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geß & Co.

### Bruchsaler Anzeigen.

Am Freitag, den 17. ds. Mts., findet auf dem Markt, Holzplatz davor wieder Kleinverkauf (bis zu 2 Uhr) von Brennholz statt. Eingahlung vormittags von 8—12 Uhr. Die Holzpreise sind ab dem 1. März 1922, den 15. Februar 1922, 327  
Bruchsal, den 15. Februar 1922, 327  
Stadt, Holzverteilungsdirektion. — Dr. Strohlehen.

### Konsumverein für Bruchsal u. Umgeg.

eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpflicht.  
Größtes Kolonialwaren-Geschäft am Platz. — Eigene Sparkasse. — Verkauft nur an Mitglieder. — 30% der Bruchsaler Bevölkerung Mitglied des Konsum-Vereins. — Geschäftsanteil 200 Mark. — Eintritt 1 Mark. [1045]

### Offenburger Anzeigen.

Die Erhöhung des Getreides bewo. Weizen durch die H. G. sowie die Erhöhung der Weizenpreise und der Weizenmehlpreise hat notwendigweise eine Erhöhung der Brot- und Weizenpreise zur Folge. Nach eingehenden Beratungen haben wir die neuen Preise mit Wirkung vom 16. ds. Mts. wie folgt festgesetzt:  
für 1500 Gramm Schwarzbrot . . . 9.70  
für 750 Gramm Schwarzbrot . . . 4.85  
für 500 Gramm Weizenmehl . . . 4.—  
Diese Preise sind Höchstpreise. Uebertretungen werden bestraft.  
Offenburg, den 13. Februar 1922. 328  
**Kommunalverband Offenburg-Stadt.**  
Der Stadtrat.

Gewaschen mit  
**Dixin**  
Preis das Paket Mk. 4.—  
Herstellere  
Henkel & Co  
Düsseldorf

### Matten und Mäntel

bestellen Sie schnell  
E. Schöberl  
Karlstraße 100, Zimmer 20  
D. Mayer, Ede Schöberl  
Wahlburg: Strauß-Drogerie, Rheinstraße 57.

### Brennholz

jeber Art, ab Lager und frei steller liefert  
jederzeit prompt  
die  
**Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für Erwerbsbeschränkte und Erwerbslose.**  
Büro und Lager: Durlacher Allee 58 (Kaserne)  
Gottlieb, Telefon 5423.  
2044  
Stadtbüro: Fäbingerstraße 100, Zimmer 20.

### Flanell-Frauenhemden

gestreift  
72.- 75.- 78.-  
Männerhemden  
vollkommen  
in Qualität  
65.- 68.- 72.-  
Spezial-Elagen-  
Geschäft für Stoffe  
Heinrich Hilberg  
Auguststraße 7.

### Rafel ein gutes Bild

Postbilder 3 Stk. 20.—  
6 Stk. 30.—  
Kartens 12 Stk. 47.—  
90.- 120.—  
Brautbilder 6 Stück  
K. 95.- 140.- 220.—  
Vergrößerungen  
K. 75.- 100.- 145.- 230.—  
F. Umhauer  
Allee 103

### Anzüge, Kleider, Mäntel

Wasser, Zedemant, feid-  
ge, Mäntel, Röcke, Hüfen,  
auch Streifen, Feld-  
anzüge, Zamm-Kleider,  
Mäntel, Mäntel, Schu-  
waren u. Soßen laufen  
Sie stets billig bei  
Eisenwaren,  
Kraze 32 11.

### Marinaden

**Bismarckheringe**  
Stück 1.60  
Kart 50.—  
**Kollmöpfe**  
Stück 1.60  
Kart 50.—  
**Salzheringe**  
Stück 1.50  
**Pfannkuch & Co.**